Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2188

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**127. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Dienstag, dem 24. Oktober 1967**

**128. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Oktober 1967**

**129. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 26. Oktober 1967**

**130. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 27. Oktober 1967**

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Geldner**

Worauf führt die Bundesregierung den Rückgang des Anteils privater Bauherren an den Baugenehmigungen der letzten Zeit zurück, wenn dieser Rückgang — wie der Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundeigentümer meint — „mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nicht ausreichend erklärt werden" kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

2. Abgeordneter **Dr. Ritz**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausstellung des „Braun-Buches über Kriegs- und Naziverbrecher" am Stand des „DDR-Staatsverlages" auf der Frankfurter Buchmesse durch das das Deutsche Staatsoberhaupt verunglimpft wird?

3. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

In welcher Form gedenkt die Bundesregierung die Bezeichnung West-Berlins durch die Behörden im anderen Teil Deutschlands als „Westliche Stadtteile der Hauptstadt der DDR" zurückzuweisen, da weder West-Berlin noch Ost-Berlin „auf dem Territorium der DDR" liegt?

4. Abgeordneter **Dr. Klepsch**

Ist die Bundesregierung bereit, auch bei anderen Gelegenheiten die Ausstellung von Publikationen zu dulden, durch die das deutsche Staatsoberhaupt verunglimpft wird?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter **Ollesch**

Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach Kampfflugzeuge, die an den Iran bzw. Italien verkauft wurden, tatsächlich an Pakistan bzw. an Indien geliefert wurden?

6. Abgeordneter **Ollesch**

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um derartige in Frage 5 erwähnte Umgehungen des Grundsatzes, daß keine deutschen Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden sollen, in Zukunft unmöglich zu machen?

7. Abgeordnete **Frau Albertz**

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, warum bei den letzten Moskauer Filmfestspielen im Juli dieses Jahres die Bundesrepublik bei einer Beteiligung von 57 Nationen durch keinen offiziellen Festspielbeitrag und durch keine offizielle Delegation vertreten wurde, obwohl die an die Bundesregierung gerichtete Einladung bereits im Januar 1967 vom deutschen Kulturattaché in Moskau, Herrn Dr. Dirnecker, nach Bonn weitergeleitet und in einem Begleitschreiben auf die Wichtigkeit einer Beteiligung der Bundesrepublik hingewiesen worden ist?

8. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten eingeschränkten Exportmöglichkeiten der deutschen Industrie zu beseitigen?

9. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in jenen arabischen Staaten, mit denen wir zur Zeit keine diplomatischen Beziehungen haben, in steigendem Maße Industriefirmen verbündeter und befreundeter Nationen, gedeckt durch staatliche Subventionen, die Ausbaustufen bisher von deutschen Firmen errichteter Industrieanlagen übernehmen?

10. Abgeordneter **Ertl**

Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der österreichischen Regierung die italienische Regierung darüber aufzuklären, daß eine Lederhose kein Uniformstück ist, um auch Trägern dieses Kleidungsstückes eine unkomplizierte Einreise nach Italien zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter **Moersch**

Wie läßt sich nach Ansicht der Bundesregierung die Äußerung eines Referenten im Bundesinnenministerium bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum (Rechtsschutz des ausländischen Studenten), die lautet: „Der Rechtsschutz für Ausländer gehört nicht zu den notwendigen Ingredienzien des demokratischen Rechtsstaates." mit dem Grundgesetz vereinbaren?

12. Abgeordneter **Dorn**

Wie will die Bundesregierung Klarheit darüber schaffen, ob sie — wie Minister Dollinger meint — für die Rundfunkgebühren zuständig ist oder ob diese Zuständigkeit — wie Ministerpräsident Filbinger meint — bei den Ländern liegt?

13. Abgeordneter **Dorn**

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Haltung die Ministerpräsidenten der Länder zur Frage einer Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren einnehmen?

14. Abgeordneter **Dorn**

Wird die Bundesregierung bei der Entscheidung über einen Antrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf Gebührenerhöhung mit berücksichtigen, daß viele Bürger höhere Abgaben für Rundfunk und Fernsehen möglicherweise durch Einsparung ihres Zeitungsabonnements ausgleichen könnten?

15. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Welches ist der gegenwärtige Stand in der Frage der Grenzöffnungen zur CSSR bei Bayerisch Eisenstein und an anderen Stellen der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze?

16. Abgeordneter **Hübner**

Bejaht die Bundesregierung die Notwendigkeit — auch aus dem aktuellen Anlaß der vorgeschlagenen Grundgesetzergänzungen für den Notstandsfall —, die Vorschriften über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch Polizeivollzugsbeamte des Bundes mit dem Ziel zu überprüfen, die anzuwendenden Waffen im Gesetz abschließend aufzuzählen und den Einsatz besonderer Waffen von einer besonderen Ermächtigung durch die Bundesregierung im Einzelfall abhängig zu machen?

17. Abgeordneter **Hübner**

Zieht die Bundesregierung aus der Notwendigkeit einheitlicher Bestimmungen über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch Polizeivollzugsbeamte in Bund und Ländern den Schluß, daß ein neues Konzept auf der Grundlage der in Frage 16 aufgezeigten Ziele den Anlaß zu einem Verständigungsversuch mit den Ländern darstellen könnte?

18. Abgeordneter **Gscheidle**

Glaubt die Bundesregierung, daß bei einem gemeinsamen polizeilichen Einsatz die praktische Anwendung der Bestimmungen über den unmittelbaren Zwang durch Polizeivollzugsbeamte nach dem geltenden Bundesgesetz gewährleistet ist, wenn die beteiligten Polizeivollzugsbeamten der Länder nach dem unterschiedlichen Landesrecht über die Anwendung unmittelbaren Zwanges ausgebildet sind?

19. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Ist die Bundesregierung bereit, den Erlaß des Bundesinnenministeriums vom 31. Juli 1967 betreffend die Auslagenerstattung für den Erwerb von Führerscheinen durch Beamte, die

an ausländischen Dienstorten tätig sind, so zu ändern, daß diesbezügliche Ausgaben, die in der Zeit vom 3. Juli 1964 bis 31. Juli 1966 entstanden sind, erstattet werden können?

20. Abgeordneter **Felder**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den dringend notwendigen Ausbau der Deutschen Bibliothek in Frankfurt zu fördern, die als bedeutsame Nachfolgerin der Deutschen Bücherei in Leipzig zu betrachten ist?

21. Abgeordneter **Felder**

Teilt die Bundesregierung die Feststellung im Troeger-Gutachten über die Finanzreform, die Deutsche Bibliothek erfülle eine überregionale Aufgabe und ihre Funktion sei die einer nationalen Repräsentanz?

22. Abgeordneter **Felder**

Ist die Ablieferung eines Pflichtexemplars von allen bundesdeutschen Verlagswerken an die Deutsche Bibliothek nur auf dem Wege über ein Gesetz zu erreichen?

23. Abgeordnete **Frau Freyh**

Wie ist der Stand der Verhandlungen hinsichtlich Finanzierung und Rechtsform der Deutschen Bibliothek in Frankfurt?

24. Abgeordnete **Frau Freyh**

Welche Ergebnisse hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit den Ländern über die von ihr befürwortete Verbesserung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell erzielt?

25. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Wie beantwortet die Bundesregierung die herausfordernde, die öffentliche Meinung mitprägende Behauptung in Rolf Hochhuts Tragödie „Soldaten" (und in dem im Programm der freien Volksbühne abgedruckten Brief Hochhuts an den Herrn Bundespräsidenten), sie habe nichts getan, um die Ausdehnung des internationalen Land- und Seekriegsrechts auf den Schutz der Zivilbevölkerung in offenen Städten gegen Bombenangriffe aus der Luft in Sinne eines Gesetzentwurfs anzustreben, wie er bereits 1957 auf der Weltkonferenz von Neu Delhi einstimmig durch Delegationen aus 85 Staaten gebilligt worden sei?

26. Abgeordnete **Frau Renger**

Ist der dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages erstattete Bericht des Bundesinnenministers vom 8. September 1967 — II a 1 -210 105/4 — zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes (Drucksache V/1091) auch als das Ergebnis der vom Bundesinnenminister am 2. Dezember 1965 (Drucksache V/99) zugesagten Prüfung und Würdigung aller Gesichtspunkte des Problems der Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen anzusehen?

27. Abgeordnete **Frau Renger**

Hält es die Bundesregierung — falls Frage 26 bejaht wird — für ausreichend, daß das Problem vorwiegend danach geprüft und gewürdigt wird, welche Bedenken rechtlicher, haushaltsmäßiger und personalpolitischer und -wirtschaftlicher Art sich gegen die Teilzeitbeschäftigung seitens der Verwaltung ins Feld führen lassen oder sieht sie Erwägungen darüber, wie die fraglos mit einer Zulassung der Teilzeitarbeit der Beamtinnen verbundenen praktischen Schwierigkeiten überwunden werden könnten, nicht als eine ihr ebenso obliegende Pflicht an?

28. Abgeordnete **Frau Renger**

Aus welchen Gründen hat der Bundesinnenminister an keiner Stelle dieses Berichts das Problem der Teilzeitarbeit der Beamtin unter dem verfassungsrechtlichen Aspekt des gleichen Zuganges von Männern und Frauen zu jedem öffentlichen Amt (Artikel 33 Abs. 2 GG), worin auch die gleiche Chance des Verbleibens in einem öffentlichen Amt und des Aufstiegs enthalten ist, geprüft und gewürdigt?

29. Abgeordneter **Kaffka**

Liegen den in dem Bericht des Bundesinnenministers vom 8. September 1967 — II a 1 -210 105/4 — ausgesprochenen Würdigungen und Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen einer Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen empirische Ermittlungen zugrunde oder beruhen diese auf den Vorstellungen, die sich die mit der Ausarbeitung befaßten Beamten von den tatsächlichen Auswirkungen einer solchen Möglichkeit gemacht haben?

30. Abgeordneter **Kaffka**

Welches Tatsachenmaterial hat der Bundesinnenminister außer den in dem Bericht angegegebenen Mitteilungen der anderen Bundesressorts und der Länder bei seiner Prüfung verarbeitet?

31. Abgeordneter **Kaffka**

Welche konkreten Untersuchungen hat die Bundesregierung angestellt, nachdem das Problem der Teilzeitarbeit für Frauen in der Wirtschaft seit langen Jahren akut ist und die Frage der Teilzeitarbeit für Beamtinnen seit mehr als fünf Jahren in den Ländern diskutiert wird und in Baden-Württemberg und Niedersachsen sogar bereits 1962 entsprechende Regelungen in den Beamtengesetzen getroffen wurden?

32. Abgeordneter **Kern**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der FDP-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes (Drucksache V/1091) unabdingbare Rechtsansprüche auf Ermäßigung der Arbeitszeit bzw. auf Beurlaubung oder Reaktivierung enthält, oder daß er lediglich darauf abzielt, im Rahmen des dienstlich Vertretbaren elastisch zu handhabende Ausnahmeregelungen zu schaffen?

33. Abgeordneter **Kern**

Sieht die Bundesregierung auf Grund der fünfjährigen Erfahrung in Baden-Württemberg und Niedersachsen, wo außerhalb des Schuldienstes Beamtinnen nur in ganz geringer Zahl von der Teilzeitbeschäftigung Gebrauch gemacht haben, eine Bestätigung dafür, daß diese auch von den betroffenen Beamtinnen nur als Ausnahmeregelung angesehen wird?

34. Abgeordneter **Kern**

Falls die Bundesregierung diese Meinung teilt, hält sie die in dem Bericht des Bundesinnenministers vom 8. September 1967 aufgezählten personalpolitischen und -wirtschaftlichen sowie haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten für so gravierend, wie sie dort dargestellt sind?

35. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Stellungnahme des Bundesinnenministers in seinem Bericht an den Innenausschuß vom 8. September 1967 — II a 1 -210 105/4 —, wonach die Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen gegen die hergebrachten Grundsätze des Beamtenrechts (Artikel 33 Abs. 5 GG) und gegen den Gleichheitssatz (Artikel 3 GG) verstößt und daher verfassungsrechtlich unzulässig ist, richtig ist?

36. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Aus welchen Gründen duldet, falls dies zutrifft, der für Verfassungsfragen verantwortliche Bundesinnenminister den — nach seiner Ansicht — durch die Einführung der Teilzeitbeschäftigung für Beamtinnen in den Ländern Baden-Württemberg und Niedersachsen seit 1962 bestehenden verfassungswidrigen Zustand?

37. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung bereit, die Vereinbarkeit der §§ 213 bis 217 des baden-württembergischen Landesbeamtengesetzes vom 1. August 1962 (GBl. S. 89) und des § 80 Abs. 2 des niedersächsischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 30. März 1967 (GVBl. S. 79) auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und dem Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz im Wege einer Normenkontrollklage vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen?

38. Abgeordneter **Hirsch**

Teilt die Bundesregierung die von dem ORR im Bundesinnenministerium, Dr. Bernhard Wilhelm, vertretene Auffassung [Zeitschrift für Beamtenrecht, 14. Jahrgang, Juli 1966, S. 197 (199)], daß in der Berücksichtigung gewisser leistungsrechtlicher Elemente bei der Halbierung der Alimentation im Falle des Teilzeitbeamtenverhältnisses ein „grundlegender rechtslogischer Kurzschluß" und „in Wirklichkeit die Preisgabe des verfassungsrechtlich geschützten Alimentationsprinzipes zugunsten des im Arbeitsrecht geltenden Lohnprinzips" liegt?

39. Abgeordneter **Hirsch**

Falls die Frage 38 bejaht wird, beabsichtigt die Bundesregierung, zur Wahrung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in rechtslogischer Konsequenz des Alimentationsprinzips bei Ehegatten, die beide Beamte sind, die Besoldung des einen zu streichen, da der Beamte nur Anspruch auf standesgemäßen Lebensunterhalt für sich und seine Familie hat und es dabei nicht darauf ankommen kann, ob er nur eine halbe oder das Ehepaar sogar eine doppelte Dienstleistung erbringt und im übrigen der vom Dienstherrn gewährte standesgemäße Unterhalt im Falle des Beamtenehepaares wegen des Gleichheitssatzes nicht höher oder gar doppelt so hoch sein kann als des im gleichen Amt befindlichen Beamten ohne mitverdienende Ehefrau?

40. Abgeordneter **Hirsch**

Ist dem Bundesinnenminister bei seiner Stellungnahme in dem Bericht vom 8. September 1967 entgangen, daß bei der teilzeitbeschäftigten Beamtin in der Regel davon ausgegangen werden kann, daß zum Lebensunterhalt der Beamtin und ihrer Familie auch der Ehemann beiträgt und daher in der Lebenswirklichkeit trotz „halbierter Alimentation" kein notdürftiger sondern ein durchaus standesgemäßer Lebensunterhalt vorhanden sein wird?

41. Abgeordnete **Frau Freyh**

Gibt die in dem Bericht des Bundesinnenministers vom 8. September 1967 — II a 1 -210 105/4 — auf Seite 8 als Zusammenfassung der Stellungnahmen der Länder zum Problem der Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen enthaltene Schlußfolgerung, „diese Schwierigkeiten würden im Ergebnis dazu führen, daß die Einstellung von Frauen als Beamte eingeschränkt werde oder ganz unterbleibe", auch die Auffassung der Bundesregierung wieder?

42. Abgeordnete **Frau Eilers**

Wie viele weibliche Beamte des höheren Dienstes und wie viele weibliche Angestellte in vergleichbaren Dienststellungen sind in den Personalabteilungen der obersten Bundesbehörden tätig?

43. Abgeordnete **Frau Eilers**

Welche Dienststellungen sind den in Frage 42 erwähnten Frauen dort übertragen?

44. Abgeordnete **Frau Eilers**

In welchem prozentualen Verhältnis steht die Zahl der in Frage 42 erwähnten weiblichen Bediensteten zu den männlichen Bediensteten in den Personalabteilungen und in welchem Verhältnis zur Gesamtzahl der weiblichen Bediensteten bei diesen Behörden überhaupt?

45. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Auf welchen konkreten tatsächlichen Erhebungen beruht die Feststellung des Bundesinnenministers auf Seite 8 seines Berichtes vom 8. September 1967 — II a 1 -210 105/4 — daß „Beamtendienstposten außerhalb des Schuldienstes durchweg nicht geeignet sind, von Beamtinnen im Teilzeitbeschäftigungsverhältnis wahrgenommen zu werden"?

46. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß z. B. der Postschalterdienst, der Dienst in der Finanzverwaltung und im höheren Verwaltungsdienst durchweg als Vollzeitbeschäftigung wahrgenommen werden muß und daß es nicht einzelne Stellen geben kann, die auch durch Teilzeitbeamtinnen, die nicht unbedingt Halbtagsbeschäftigte sein müssen, ausgefüllt werden könnten?

47. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Auf welchen konkreten Ermittlungen beruht die Feststellung, daß das Teilzeitbeamtenverhältnis nur im Schuldienst praktische Bedeutung hat und deshalb keine dienstliche Notwendigkeit besteht, es auch in anderen Laufbahnen als Ausnahmeregelung zuzulassen?

48. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Anteil der Frauen in den hervorgehobenen und leitenden Dienstposten und Beförderungsämtern nur dann verbessert werden kann, wenn die Beamtinnen nicht gezungen werden, wegen ihrer Familienpflichten ganz aus dem Staatsdienst auszuscheiden, sondern ihnen andere Möglichkeiten — wovon die Teilzeitbeschäftigung eine ist — eröffnet werden, Zeiten starker Doppelbelastung durch Familie und Beruf zu überbrücken?

49. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Ist die Bundesregierung bereit, genaue Ermittlungen darüber anzustellen, wie sich eine Zulassung der Teilzeitbeschäftigung der Beamtinnen in den Laufbahnen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes auswirken würde und dabei auch nach den Besonderheiten der verschiedenen Verwaltungszweige zu differenzieren?

50. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen positive Vorschläge für eine Regelung der Teilzeitbeschäftigung zu unterbreiten, die den Interessen der Beamtinnen gerecht wird, aber auch die dienstlichen Belange in den verschiedenen Laufbahnen und Verwaltungszweigen berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

51. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um im Sinne der vom damaligen Bundesjustizminister, Dr. Jaeger, am 15. Juni 1966 im Deutschen Bundestag gegebenen Auskunft die Feststellung bzw. Verfolgung von Verbrechen an deutschen Soldaten, Kriegsgefangenen und deutschen Vertriebenen in die Wege zu leiten?

52. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenhang ihrer Bemühungen das Verlangen der sozialdemokratischen sudetendeutschen Seliger-Gemeinde zu unterstützen, die in einem Schreiben an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Jozef Lenart die Bildung einer neutralen Kommission vorschlug, welche die Tatbestände des auf deutscher und tschechoslowakischer Seite geschehenen Unrechts untersuchen und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freundnachbarlichen Verhältnisses schaffen soll?

53. Abgeordneter **Rawe**

Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, warum der hessische Generalstaatsanwalt gegen die Ausstellung des „Braun-Buches über Kriegs- und Naziverbrecher" nicht eingeschritten ist und nun sogar gegen die Beschlagnahme dieses „Braun-Buches" durch das Frankfurter Amtsgericht Beschwerde eingelegt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

54. Abgeordnete **Frau Funcke**

Welche festen Termine kann die Bundesregierung für die Verabschiedung der noch ausstehenden, überfälligen Durchführungsbestimmungen zur Mehrwertsteuer angeben?

55. Abgeordnete **Frau Funcke**

Wie hoch belaufen sich die Lohnsteuerausfälle durch kurzfristig in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte ausländische Arbeitskräfte, die auf Grund der kurzfristigen Beschäftigung Anträge auf Lohnsteuerjahresausgleich stellen?

56. Abgeordnete **Frau Funcke**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung des Einkommensteuergesetzes dahin gehend vorzulegen, daß kurzfristig in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte ausländische Arbeitskräfte keinen Antrag auf Lohnsteuerausgleich wegen eines nur während einiger Monate bezogenen Jahreseinkommens stellen können?

57. Abgeordneter **Borm**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Zuschüsse zum Berlin-Flugverkehr auch dann zu kürzen, wenn sich dadurch die Flugpreise erhöhen?

58. Abgeordneter **Cramer**

Ist der Bundesfinanzminister in der Lage, aus der Rechtsbehelfsbelehrung zum Fragebogen für die Einheitswertbescheid-Hauptfeststellung auf den 1. Januar 1964 — Vordruck EW 118 — den 2. Absatz folgenden Wortlauts allgemeinverständlicher auszudrücken:

„Einwendungen gegen Entscheidungen in diesem Feststellungsbescheid können nur durch Einspruch gegen diesen Bescheid geltend gemacht werden. Ein Bescheid, dem die in diesem Feststellungsbescheid getroffenen Entscheidungen zugrunde gelegt werden, kann nicht mit der Begründung angefochten werden, daß die Entscheidungen in diesem Feststellungsbescheid unzutreffend seien."

59. Abgeordneter **Cramer**

Billigt der Bundesfinanzminister es, daß den Empfängern derartiger Feststellungsbescheide (Formblätter EW 109 und 110) die Nachprüfung der Berechnungs- und Entscheidungsgrundlagen des Einheitswertbescheids dadurch erschwert wird, daß auf den Berechnungsunterlagen (EW 109 und 110) nur in Codezeichen für datenverarbeitende Maschinen (und nicht in den allgemein gültigen Symbolen und Vorzeichen für die arithmetischen Grundrechnungsarten) angegeben wird, welche Grundrechnungsart bzw. Prozent- oder Promilleberechnung zu jeweils welcher Zahl anzuwenden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

60. Abgeordneter **Kiep**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Verfahren, das bei der gegenwärtigen Ausschreibung des Entwicklungsfonds der Europäischen Gemeinschaften für die Erstellung einer Seewasserdestillation auf den Niederländischen Antillen angewandt wird, geeignet ist, den Wettbewerb zwischen den Anbietern zugunsten niederländischer Firmen einzuschränken?

61. Abgeordneter **Kiep**

Bei Bejahung der Frage 60: Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um zukünftig derartige Wettbewerbsbeschränkungen zu verhindern?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

62. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Hat die Bundesregierung bereits Vorstellungen darüber entwickelt, wie nach dem Auslaufen der Altölbeihilfen die Beseitigung der Ölrückstände erfolgen soll?

63. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Ist gegebenenfalls im Rahmen solcher in Frage 62 erwähnter Überlegungen auch die Förderung des Baues von Verbrennungsanlagen mit Bundes- oder ERP-Darlehen an private Unternehmungen vorgesehen?

64. Abgeordneter **Westphal**

Worin bestehen die Unterschiede in der Entwicklung des Kohlenbergbaus zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, die sich aus den weitgehenden Einflußmöglichkeiten der französischen Regierung auf dem Gebiet der Produktion und der Einfuhr ergeben (siehe Textziffer 38 des Abschnitts über die EGKS des im Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften, Drucksache V/2127, Seite 33)?

65. Abgeordneter **Westphal**

Worin bestehen die in der gleichen Textziffer (Frage Nr. 64) erwähnten unterschiedlichen Auswirkungen des Montanunionvertrages auf den verstaatlichten Bergbau einerseits und auf den privatwirtschaftlich organisierten Bergbau andererseits?

66. Abgeordneter **Zebisch**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf Grund der über dem Bundesdurchschnitt liegenden Zahl an Arbeitslosen in den Landkreisen Tirschenreuth, Neustadt-Waldnaab, Eschenbach, Kemnath und im Stadtkreis Weiden besondere Fördermaßnahmen zur Ansiedlung weiterer Industriebetriebe zu gewähren?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

67. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Einkommenssituation des Tankstellengewerbes in den vergangenen Jahren und insbesondere in letzter Zeit durch verschiedene Maßnahmen der Mineralölgesellschaften, wie z. B. Gewährung von Rabatten auf die Tankstellenabgabepreise zu Lasten der Tankstellenprovisionen, durch Umsatzmieten für Münztanks und verstärkte Werbemaßnahmen auf Kosten des Gewerbes, trotz Erleichterung in Einzelfällen, die vom Bundeskartellamt aufgegriffen wurden, erheblich verschlechtert hat und weitere Maßnahmen bevorstehen, wodurch diese Situation noch ungünstiger werden wird?

68. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, die wirtschaftliche und die besondere rechtliche Lage des Tankstellengewerbes zu untersuchen?

69. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die geltende Fassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausreichend ist, um das Tankstellengewerbe vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch die Mineralölgesellschaften zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

70. Abgeordneter **Röhner**

Teilt die Bundesregierung die von EWG-Vizepräsidenten Mansholt am 17. Oktober 1967 in Luxemburg vorgetragene Auffassung, daß das Einkommen der Landwirtschaft mit den Mitteln der Preispolitik nicht mehr nachhaltig und vernünftig zu verbessern ist?

71. Abgeordneter **Röhner**

Hält die Bundesregierung, wie nach Presseberichten Herr Mansholt, eine überwiegend auf Betriebsgröße und Verringerung der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen abgestellte Strukturpolitik für ausreichend, den erforderlichen Einkommensausgleich für die Landwirtschaft herbeizuführen?

72. Abgeordneter **Röhner**

Entsprechen die von Herrn Mansholt vorgetragenen Leitlinien seiner EWG-Agrarpolitik den bisherigen und zukünftigen agrarpolitischen Auffassungen der Bundesregierung?

73. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie sich die aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, bisher an die Bundesrepublik Deutschland zugewiesenen Beihilfen auf genossenschaftliche und privatwirtschaftliche Projekte nach Zahl und Beihilfenhöhe verteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

74. Abgeordneter **Weigl**

Ist die Absicht, jüngeren Angestellten in den kommenden Jahren selbst dann keine Befreiungsmöglichkeit mehr in der gesetzlichen Rentenversicherung einzuräumen, wenn das monatliche Einkommen die heute geltende Versicherungspflichtgrenze von 1800 DM monatlich erheblich übersteigt, noch in Einklang zu bringen mit den bisherigen gesellschaftspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung, z. B. mit dem Subsidiaritätsprinzip?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

75. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bericht der Bundesregierung vom 8. September 1967 der Empfehlung Nr. 123 Rechnung trägt, die die Internationale Arbeitskonferenz am 22. Juni 1965 angenommen hat (vgl. Drucksache V/909 S. 83 ff.)?

76. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Glaubt die Bundesregierung insbesondere, daß die in diesem Bericht angestellten Überlegungen dazu beitragen, die in den Nummern 1, 2, 7, 10 und 11 der genannten Empfehlung ausgesprochenen Forderungen zu verwirklichen, wonach Maßnahmen getroffen werden sollen, die es ermöglichen, daß Frauen ihren Berufs- und Familienpflichten unter Wahrung erworbener Rechte und ohne Beeinträchtigung ihrer Beschäftigungs- und Aufstiegschancen nachkommen können?

77. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß diese Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz sie nur insofern verpflichten, als sie private Arbeitgeber und Verbände zu entsprechenden Maßnahmen anhalten und auffordern kann, und nicht auch als Dienstherr weiblicher Beamter?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

78. Abgeordneter **Kubitza**

Welche Gründe waren bestimmend, daß im Bereich der Luitpold-Kaserne in Dillingen (Donau) eine 370-Meter-Rundbahn gebaut wurde?

79. Abgeordneter **Kubitza**

Nach welchem nationalen oder internationalen Wettkampfmaß wurde die Länge der in Frage 78 erwähnten Rundbahn bestimmt?

80. Abgeordneter **Kubitza**

Weshalb wird der Allwetter-Hartplatz in demselben in Frage 78 erwähnten Kasernengelände von den Kompanien nicht benutzt?

81. Abgeordneter **Lemper**

Trifft es zu, daß die Bundessprachenschule durch eine private Finanzgruppe nunmehr endgültig in Euskirchen gebaut werden soll?

82. Abgeordneter **Lemper**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Stadt und Kreis Euskirchen für das in Frage 81 erwähnte Neubauprojekt je zur Hälfte eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 5 Millionen DM sowie Zinssubventionen in Höhe bis zu 200 000 DM jährlich übernehmen sollen und unter dem Druck der Lage auch hierzu bereit sind?

83. Abgeordneter **Lemper**

Trifft es weiter zu, daß der Bund nach fünf Jahren die in Frage 81 erwähnte privat gebaute und mit Steuergeldern subventioniert finanzierte Sprachenschule käuflich erwirbt und damit erneut zusätzlich Steuergelder ausgibt?

84. Abgeordneter **Cramer**

Treffen Zeitungsmeldungen zu, wonach das Marineamt mit den nachgeordneten Stäben der Bundesmarine von Wilhelmshaven verlegt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

85. Abgeordneter **Geldner**

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß eine Erhöhung der Transportkosten und die vorgesehenen Streckenstillegungen bei der Deutschen Bundesbahn gerade in Bayern mit seinen unterentwickelten Zonenrandgebieten und den dort angesiedelten Betrieben bei ohnehin dezentralisierter Industriealisierung zu besonderen Schwierigkeiten führen würde?

86. Abgeordneter **Haehser**

Welche Kosten enstehen der Deutschen Bundesbahn durch den Wechsel eines Fahrplans als Folge von Fahrplankonferenzen, Neudruck von Fahrplänen und Kursbüchern, Aushängen usw.?

87. Abgeordneter **Haehser**

Werden Möglichkeiten gesehen, im Interesse der Kunden und des Personals der Deutschen Bundesbahn auf einen der während eines Jahres bisher üblichen Fahrplanwechsel zu verzichten?

88. Abgeordneter **Ramms**

Auf wieviel Prozent des gesamten Betriebskapitals hat sich das Eigenkapital der Deutschen Bundesbahn durch die Übernahme der Zinslasten durch den Bund in den letzten Jahren aufgebessert?

89. Abgeordneter **Peiter**

Wie ist das Ergebnis der mir mit Schreiben vom 4. Dezember 1964 auf meine Frage in der Fragestunde vom 4. Dezember 1964 zugesagten Überprüfung, ob die Stadt Marienberg (Westerw) in das Verzeichnis der Fern- und Nahziele aufgenommen werden kann?

90. Abgeordneter **Peiter**

Besteht jetzt für den anerkannten Kneipp- und Luftkurort Marienberg (Westerw), nachdem er nunmehr die offizielle Bezeichnung „Bad Marienberg" erhalten hat, die Möglichkeit, in das Verzeichnis der Fern- und Nahziele und damit auf die Vorwegweiser und Wegweiser der Bundesstraßen und die Wegweiser an den Anschlußstellen der Bundesautobahn aufgenommen zu werden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

91. Abgeordneter **Weigl**

Ist es zutreffend, daß eine größere Zahl der bei der Verkehrskontrolle II in Weiden (Oberpf) beschäftigten Eisenbahner in nächster Zeit mit einer Versetzung rechnen muß?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

92. Abgeordneter **Weigl**

Sieht die Deutsche Bundesbahn eine Möglichkeit, zur Abwendung sozialer Härten, die sich aus Versetzungen ergeben müssen, und aus grenzlandpolitischen Erwägungen der Verkehrskontrolle II Weiden (Oberpf) zusätzliche Aufgaben zu übertragen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

93. Abgeordneter **Dr. Enders**

Wie viele Schüler und Schülerinnen der Volksschulen und der weiterführenden Schulen verunglückten durch Verkehrsunfälle auf dem Schulweg im vergangenen Jahr tödlich oder wurden verletzt?

94. Abgeordneter **Dr. Enders**

Hält die Bundesregierung die bisherigen Vorsichtsmaßnahmen für ausreichend, um unseren Kindern einen wirksamen Schutz auf dem Schulweg zu gewährleisten?

95. Abgeordneter **Dr. Enders**

Ist die Bundesregierung bereit, um Verkehrsunfällen auf dem Schulweg vorzubeugen, sich für die Staffelung der Anfangszeiten des Schulunterrichts und für Über- und Unterführungen an gefährlichen Straßenübergängen einzusetzen?

96. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wird der Bundesverkehrsminister bei der Flughafen AG Frankfurt (Main) eine allgemeine Überprüfung der Sicherungsvorschriften für den Luftfracht- und Luftpostverkehr anregen?

97. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Nachdem jetzt auf der B 42 am Bahnübergang Wallen bei Linz-Rhein erneut ein schwerer Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang zu beklagen ist, frage ich die Bundesregierung, wie die Verkehrssituation an dieser besonderen Gefahrenstelle durch entsprechende Maßnahmen gebessert wird?

98. Abgeordneter **Zebisch**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Landkreisen Tirschenreuth, Neustadt-Waldnaab, Eschenbach, Kemnath sowie in der gesamten Oberpfalz keine völlig ausgebauten Schnellstraßen bestehen?

99. Abgeordneter **Zebisch**

Ist die Bundesregierung bereit, die zur Verbesserung der Infrastruktur notwendige Autobahn Nürnberg—Amberg—Waidhaus (tschechoslowakische Grenze) sowie die Bundesstraße Regensburg—Weidenhof noch vor dem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Oktober 1967, Seite 8, veröffentlichten Terminen auszubauen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu 98. und 99.)

100. Abgeordneter **Strohmayr**

Welche Vorbereitungen hat die Deutsche Bundesbahn für den Container-Schnelldienst im Nord-Süd-Nord-Verkehr bisher getroffen?

101. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist schon heute abzusehen, wo Knotenpunkte für den Container bzw. Huckepackverkehr einzurichten sein werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

102. Abgeordneter **Kuntscher**

Ich frage die Bundesregierung, welche nachgeordnete Dienststelle zeichnet verantwortlich für Ausschreibung, Offerteneinholung und Vergabe des Neubaues der Hauptpost in Stade?

103. Abgeordneter **Kuntscher**

Warum wurden alle Stader Baufirmen bei der Aufforderung einer Offertenerstellung für den in Frage 102 erwähnten Neubau, ohne Befragung der Bezirksstelle Stade der Handwerkskammer Lüneburg-Stade oder der Kreishandwerkerschaft Stade, über Größe und Leistungsfähigkeit der Stader Baubetriebe, übergangen?

104. Abgeordneter **Kuntscher**

Ist die Bundesregierung nicht mit mir der Meinung, daß die Glaubwürdigkeit der Auswirkungen der Konjunkturprogramme erschüttert wird, wenn die Unternehmungen der wirtschaftlich schwächsten Gebiete an der Küste bei den sogenannten Konjunkturspritzen übergangen werden?

105. Abgeordneter **Dr. Klepsch**

Trifft es zu, daß auf Antrag die Befreiung von Zahlungen der Ton- und Fernseh-Rundfunkgebühr erwirkt werden kann für Personen, denen nachweislich ein Fernseh-Rundfunkgerät von öffentlicher Hand oder einer Organisation der freien Wohlfahrtshilfe überlassen wird, sofern ihr Einkommen den doppelten Fürsorgesatz zuzüglich Mehrbedarf und Miete nicht übersteigt?

106. Abgeordneter **Dr. Klepsch**

Ist die Bundesregierung bereit, die in Frage 105 erwähnte Möglichkeit auch auf solche gleichsituierte Sozialhilfeempfänger auszudehnen, denen von anderer Seite ein Fernseh- bzw. Rundfunkgerät geschenkt wird?

107. Abgeordneter **Genscher**

Wird die Deutsche Bundespost im Jahre 1968 neben der schon vorgesehenen Jubiläumsmarke aus Anlaß der 150. Wiederkehr des Geburtstages von Karl Marx aus eine Jubiläumsmarke aus Anlaß des 150. Geburtstages von Friedrich-Wilhelm Raiffeisen herausbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

108. Abgeordneter **Hübner**

Welche Konsequenzen sind aus dem Hinweis deutscher Wissenschaftler darauf zu ziehen, daß in Anbetracht des bedeutenden Vorsprunges anderer Länder mit hochentwickelter Industrie in der Bundesrepublik Deutschland die Bildung eines „Instituts für Zukunftsforschung" dringend erforderlich, wenn nicht überfällig, ist?

109. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Möglichkeiten haben die Gemeinden des Landkreises Birkenfeld, der ohnehin mit einem Sechstel seiner Fläche durch Einrichtungen der deutschen und alliierten Verteidigungskräfte in Anspruch genommen ist, sich gegen die Errichtung einer sogenannten Zwischensammelstelle für radioaktive Abfallstoffe in der Nähe der Stadt Birkenfeld, also in einem der landschaftlich schönsten Gebiete des Landes Rheinland-Pfalz, zu wehren?

110. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung geschaffen, die Einrichtung von Sammelstellen für radioaktive Abfallstoffe so vorzunehmen, daß die Schutzbedürfnisse und die Wirtschaftsinteressen der Gemeinden und ihrer Bürger nicht in Mitleidenschaft gezogen werden?

111. Abgeordneter **Sander**

Ist der Bau und Standort des Atomkraftwerkes bei Würgassen (Kreis Höxter) durch die Preussenelektra mit der Bundesregierung abgestimmt?

112. Abgeordneter **Sander**

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß durch die Errichtung eines solch großen Atomkraftwerkes in diesem Landschaftsschutzgebiet Schaden für Landwirtschaft, Fremdenverkehr und für die Gesundheit der Bevölkerung eintreten kann?

113. Abgeordneter **Sander**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz vieler Einwendungen durch Wirtschaft und Einzelpersonen und ohne Baugenehmigung mit den Vorbereitungen zur Errichtung des Atomkraftwerkes begonnen werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

114. Abgeordneter **Rollmann**

Haben Überprüfungen ergeben, daß die zwei Präparate mit thyreostatischer Wirkung, die noch im Arzneimittelregister eingetragen sind, wirklich nur noch als Arzneimittel und nicht als Masthilfsmittel angewandt werden?

115. Abgeordneter **Rollmann**

Ist es richtig, daß — wie in der Fernsehsendung Monitor vom 30. Juni 1967 behauptet wurde — Tierärzte massenweise Blankorezepte für die in Frage 114 erwähnten Präparate ausstellen, die dann an die Vertreter von Versandapotheken abgegeben werden?

116. Abgeordneter **Rollmann**

Ist es richtig, daß — wie in der Fernsehsendung Monitor vom 30. Juni 1967 behauptet wurde — bei Verwendung der in Frage 114 erwähnten Präparate bereits nach 30 Tagen eine völlige Verblödung der damit gefütterten Tiere eintritt und der Genuß des mit Hilfe dieser Präparate erzeugten Fleisches auch für den Menschen gesundheitsschädlich ist?

117. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Hat die Prüfung der Farbfernsehgeräte, die jetzt in der Bundesrepublik auf dem Markt sind, das Ergebnis gehabt, daß sie nicht, anders als die Geräte der General Electric, Röntgenstrahlen in einer Stärke aussenden, die eine mögliche Bedrohung für die menschliche Gesundheit darstellt (Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. Juli 1967 nach einer Feststellung der US-Regierung)?

118. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Wird die Bundesregierung schilddrüsenwirksame Stoffe (Thyreostatica), wie sie in der Tiermast verbotenerweise verwendet werden (vergleiche Verbraucherpolitische Korrespondenz vom 5. September 1967 Nr. 25), im Arzneispezialitätenregister löschen lassen?

Bonn, den 19. Oktober 1967